

Außerordentlicher Bundesparteitag in Wiesbaden am 22. April 2018

Beschluss - Nr. 4

Eine neue Zeit braucht eine neue Politik

Seit der Bundestagswahl 2017 haben wir uns auf den Weg gemacht, unsere Partei umfassend zu erneuern. Wir haben analysiert, diskutiert und mit dem Beschluss auf dem Parteitag im Dezember die Richtung für diesen Erneuerungsprozess gemeinsam entwickelt.

Ebenso intensiv und leidenschaftlich haben wir über den Eintritt in eine Große Koalition diskutiert. Diese Debatte war nicht nur notwendig, sie war beispielhaft für eine lebhafte innerparteiliche Demokratie. Und sie hat die SPD zusammengebracht: Die SPD hat gezeigt, dass Parteien der Ort kontroverser Debatten sein können und sachlich ausgetragene Diskussionen unsere Demokratie stärken. Im Ergebnis hat die Mehrheit der Mitglieder der SPD dem Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU zugestimmt. Die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung sowie die SPD-Bundestagsfraktion werden nun die Aufgabe haben, die von der SPD in den Koalitionsverhandlungen erstrittenen Erfolge umzusetzen. Dazu benötigen sie auch den Rückhalt der gesamten Partei. Wir wollen gut regieren und zeigen, dass sich die Menschen auf die SPD verlassen können.

Gleichzeitig wird die SPD die im Koalitionsvertrag angelegten Diskussionsprozesse nutzen, um die sozialdemokratischen Positionen deutlich zu vertreten sowie die Sichtbarkeit für das eigene Profil zu stärken. Unterscheidbarkeit zwischen den Koalitionsparteien gefährdet nicht den Koalitionsfrieden, sondern sichert den demokratischen Diskurs in unserer Gesellschaft.

Bei aller Kontroverse über das Für und Wider einer Großen Koalition eint uns die Überzeugung, dass sich die SPD nun einem grundlegenden Erneuerungsprozess stellen muss. Wir wollen, dass in der SPD die wichtigen und spannenden Zukunftsdebatten stattfinden. Wir wollen die programmatische und organisationspolitische Erneuerung nutzen, um wieder stärkste Partei zu werden. Wir wollen Mehrheiten für sozialdemokratisch geführte Regierungen jenseits einer Großen Koalition schmieden.

Mit diesem Beschluss wollen wir den Startschuss für eine umfangreiche Diskussion in den nächsten zwei Jahren setzen, an deren Ende programmatische Klarheit in den großen Zukunftsfragen steht.

I. Wo wir stehen und was zu tun ist

Unser gemeinsames Ziel ist es, eine Politik zu entwickeln, die die Mehrheit unserer Gesellschaft verbindet und den Zusammenhalt stärkt – im Großen wie im Kleinen. Dabei geht es um Interessen und Sachthemen, aber auch um Werte und Emotionen. Gemeinsam wollen wir Ideen entwickeln, die unser Land in eine bessere Zukunft führen.

Volkspartei zu sein bedeutet, gesellschaftliche Koalitionen über Grenzen von Schichten und Milieus hinweg zu schmieden. Volkspartei zu sein bedeutet aber nicht, es stets allen recht machen zu können oder zu wollen. Es gibt in dieser Gesellschaft Interessengegensätze, die aufgegriffen, kontrovers diskutiert und entschieden werden müssen. Statt Formelkompromissen brauchen wir mehr kontroverse Debatten, klare Entscheidungen und damit auch abgrenzbare Positionen.

Wenn wir uns auf den Weg der Erneuerung machen, dann tun wir dies mit einer klaren Haltung: Wir streben nach einer offenen, sozialen, demokratischen, liberalen, solidarischen und pro-europäischen Gesellschaft und streiten tagtäglich für ein freies, selbstbestimmtes und sicheres Leben. Wir sind der Zukunft zugewandt, stehen neuen Entwicklungen offen gegenüber und wollen einen solchen Fortschrittsgedanken mit dem Streben nach mehr Gerechtigkeit verbinden.

Im Zentrum unserer Debatte muss der noch immer – und mittlerweile wieder stärker – bestehende Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit stehen. Dieser Gegensatz zeigt sich insbesondere durch die zunehmende Ungleichverteilung des Wohlstands in unserer Gesellschaft: Während die Konzentration der Vermögen an der Spitze zunimmt, haben 40 Prozent der Beschäftigten 2015 real weniger verdient als Mitte der 1990er Jahre. Schlechte Arbeitsbedingungen breiten sich durch die zunehmende Vernetzung der Wirtschaft auch in früher gut geschützte Zonen des Arbeitsmarktes aus; ein Prozess, der sich mit der Digitalisierung noch verstärken kann. Die SPD als Partei der Arbeit muss diese Herausforderung annehmen und sie als Gestaltungsauftrag verstehen, statt nur die Risiken zu betonen. Die Weichen, die wir in den nächsten Jahren stellen, werden bestimmen, ob die Digitalisierung eine Erfolgsgeschichte für unsere gesamte Gesellschaft sein wird.

Die SPD wird diese Zukunftsdebatte nicht alleine führen: Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes wollen wir die notwendigen Ideen entwickeln, um unser Land in eine bessere Zukunft zu führen. Nicht nur deshalb stehen bei allen Ideen, die wir diskutieren und entwickeln, nicht abstrakte Theorie, sondern an den unmittelbaren Alltagsproblemen der Bürgerinnen und Bürger orientierte Fragen im Zentrum. Für uns ist klar: Wir werden mit unserem Erneuerungsprozess deutlich machen, wie viel Kraft, Kreativität und Mut in der mitgliederstärksten Partei Deutschlands stecken.

Gute Regierungsarbeit

In der Regierung können wir ganz konkrete Verbesserungen erzielen, die den Alltag der Bürgerinnen und Bürger besser machen. Durch staatliche Investitionen, die in ihrem direkten Lebensumfeld und in ihrer Nachbarschaft spürbar sind. Durch Stärkung ihrer Rechte. Durch die Verbesserung ihrer sozialen Absicherung. Durch gute Arbeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und durch den Mut, die Veränderungen durch die Globalisierung und Digitalisierung anzunehmen und mit den Bürgerinnen und Bürgern zu ihren Gunsten zu gestalten. Mit einer verantwortungsvollen und solidarischen Europapolitik. So werden wir Vertrauen und Zutrauen zurückgewinnen.

Die #SPDerneuern

Aufbauend auf einer umfassenden Aufarbeitung des letzten Wahlergebnisses werden wir die inhaltliche, organisatorische und kulturelle Erneuerung der SPD vorantreiben.

Das Herzstück dieses Prozesses ist die programmatische Erneuerung unserer Partei. Sie steht im Mittelpunkt von #SPDerneuern und soll bis 2020 Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit liefern, die klar und verständlich sind und eine eindeutige sozialdemokratische Handschrift tragen.

Wir wollen einen spannenden Wettstreit über Zukunftsideen führen. Wir wollen inhaltliche Konflikte offen austragen und am Ende eindeutig entscheiden.

II. Die programmatische Erneuerung

Was meinen wir, wenn wir von neuen Zeiten sprechen? Die Digitalisierung und die Globalisierung verändern die Art, wie wir (zusammen-)leben, arbeiten und produzieren radikal. Smarte Technologien ermöglichen enorme Effizienzgewinne. Automatisierung und der Einsatz von Robotern haben zunehmenden Einfluss auf den Arbeitsalltag vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Künstliche Intelligenz und Verbesserungen bei der Sensorik sind Treiber dieser Entwicklung.

Wir spüren ein Unbehagen über die Zustände und Entwicklungen unserer Zeit. Wir wollen die Ursachen dieses Unbehagens klar benennen, die richtigen Fragen stellen und sozialdemokratische Antworten entwickeln.

Viele von uns haben Lust auf Veränderung, aber für mindestens ebenso viele ist Veränderung mit Angst besetzt und verbunden mit Verlust. Verlust von Bekanntem, von Identität und Sicherheit. Veränderung ist grundsätzlich weder gut noch schlecht - aber wir sind überzeugt, dass Veränderung politisch so gestaltet werden kann und muss, dass möglichst alle mitgehen können. Gerade in diesen Zeiten wollen wir

nachweisen, dass es gelingen kann, Globalisierung und Digitalisierung zum Wohle der Bevölkerung zu gestalten.

Die Instrumente des Nationalstaats alleine reichen nicht mehr aus, um die notwendigen Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wachstum und Stabilität zu schaffen. Wir brauchen starke Institutionen, die sozialstaatliches Handeln ermöglichen, auch in Europa.

Der Klimawandel zwingt uns, unsere Produktion und unseren Konsum nachhaltig zu verändern.

Die demografische Zusammensetzung unserer Gesellschaft verändert sich und unsere Gesellschaft wird moderner. Wir erleben eine Pluralisierung der Lebensstile und den Anspruch vieler Paare und Familien, Gleichberechtigung und Partnerschaftlichkeit real zu leben.

Regionale Konflikte nehmen zu. In einigen Teilen der Welt erleben wir einen bedrohlichen Zerfall von Staatlichkeit, einhergehend mit Terror durch nichtstaatliche Akteure, der bis nach Europa reicht. In anderen Teilen der Welt gewinnen autokratische Regierungsformen an Bedeutung. Regeln des freien und fairen Welthandels werden in Frage gestellt. Wir erleben den Versuch von Staaten, gezielt unsere demokratische Grundordnung und unsere Wettbewerbsregeln zu untergraben.

Die beschriebenen Entwicklungen haben Auswirkungen auf unser Leben. Einige von ihnen können den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährden.

Die regionalen und sozialen Unterschiede auch in unserem Land nehmen zu. Während der Zugang zu Bildung von Anfang an eine immer wichtigere Voraussetzung für soziale Teilhabe wird, nimmt der Einfluss des Elternhauses und der sozialen Herkunft auf die Bildungschancen der Kinder weiter zu. Wir wollen für alle den gleichen Zugang zu Bildung, unabhängig von ihrer Herkunft. Nur so erreichen wir soziale Teilhabe durch Bildung.

Nach Jahrzehnten des Friedens und Wohlstandsgewinns verfügt ein Teil der Bevölkerung über beachtliches Vermögen, welches an die nachfolgenden Generationen vererbt wird, während ein anderer Teil der Bevölkerung keine Aussicht auf Vermögensbildung hatte und hat und noch nicht einmal an der guten Lohnentwicklung der letzten Jahre teilhaben konnte. Eine gerechtere Lohnentwicklung und die Besteuerung von Erbschaften und Vermögen müssen dieser Entwicklung endlich etwas entgegensetzen.

Manche Leistungen und Regeln unseres über Jahrzehnte gewachsenen Sozialstaats gehen an der Lebensrealität und dem Bedarf an sozialer Sicherung der Bürgerinnen und Bürger vorbei. Die Komplexität und Bürokratie staatlicher Leistungen schreckt ab

und führt zu einer Entfremdung zwischen staatlichen Institutionen und Bürgern. Wir spüren, dass unsere bisherigen Antworten noch nicht ausreichen, um diese Entwicklungen so zu gestalten, wie es die Bürgerinnen und Bürger von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erwarten.

In den letzten Jahren war sozialdemokratische Regierungspolitik im Bund davon geprägt, viele gute Maßnahmen durch- und umzusetzen, die das Leben von vielen besser machen. Maßnahmen wie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns sind bereits Teil der Antwort auf die beschriebenen Veränderungen. Auch der aktuelle Koalitionsvertrag enthält eine Fülle von Maßnahmen, um auf die beschriebenen Herausforderungen reagieren zu können. Wir sind uns aber auch der Grenzen des Koalitionsvertrags bewusst.

Zum einen, weil in einigen Bereichen andere politischen Mehrheiten notwendig sind, um eine bessere Politik durchsetzen können, zum Beispiel in der Steuerpolitik, der Gesundheitspolitik oder wenn es darum geht, die Arbeitnehmerrechte umfassend zu stärken, soziale Berufe über die wichtigen Schritte aus dem Koalitionsvertrag hinaus weiter zu stärken oder Tarifverträgen deutlich mehr Geltung zu verschaffen. Zum anderen, weil wir – wie viele andere progressive Kräfte in der Welt auch - an neuen Lösungen arbeiten müssen, um eine fortschrittliche und soziale Politik im 21. Jahrhundert durchsetzen zu können.

An diesen Antworten zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern zu arbeiten, ist unsere selbstgestellte Aufgabe im programmatischen Erneuerungsprozess, auf die wir uns konzentrieren werden.

Auf dem Bundesparteitag im Dezember haben wir ein inhaltliches Arbeitsprogramm mit Leitfragen für alle Politikfelder beschlossen. Auf diese werden wir gemeinsame Antworten finden. Verstehen wir die SPD weiter als Volkspartei, muss sie schlüssige und umsetzbare Lösungen für alle großen Fragen des frühen 21. Jahrhunderts anbieten: globale Risiken, den Klimawandel, Migration und Flucht, die Digitalisierung, die globale und auch nationale Ungleichheit, die demografischen Veränderungen aber auch den Vertrauensverlust der Politik und die unübersehbaren Spannungen in unserer Gesellschaft. Als Volkspartei müssen wir vor allem den inneren Zusammenhalt in den Blick nehmen: Sicherheit, Anerkennung und Selbstbestimmung sind unsere Prinzipien, egal, ob es um den ökologischen Strukturwandel oder eine neue Sozial- und Arbeitsmarktpolitik des besseren Förderns geht.

Die im Folgenden näher beschriebenen vier Themenbereiche sind dabei für uns zentral. Wir wollen unsere Politik überprüfen, programmatische Lücken füllen, Widersprüche auflösen und auf diesem Weg zu einem Programm kommen, das auf die großen Fragen, die die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land bewegen, klare sozialdemokratische Antworten liefert.

Erstens: Wachstum, Wohlstand und Wertschöpfung im 21. Jahrhundert.

Wir wollen an einer Wirtschaftspolitik arbeiten, die wirtschaftliche, ökologische und soziale Ziele miteinander verbindet. Unser Ziel ist ein inklusives Wachstum, also ein Wirtschaftswachstum mit guten Arbeitsbedingungen und existenzsichernden Löhnen, das auch zu einer starken sozialen Infrastruktur beiträgt und von dem so alle Bürgerinnen und Bürger profitieren. Denn Wachstum hat für uns eine soziale Funktion und darf nicht reinen Profitinteressen dienen. Deshalb stehen für uns die Lebensqualität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihrer Familien im Zentrum und nicht abstrakte Wirtschaftsdaten. Unsere Wachstumschancen werden wir nur dann bestmöglich nutzen können, wenn Frauen auch gleichberechtigt am Erwerbsleben teilnehmen. Bisher ist dies wegen der noch unzureichenden Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht der Fall. Um inklusives Wachstum zu verwirklichen, brauchen wir Impulse in folgenden Bereichen:

Investitionen: Der Staat muss mit Investitionen in Bildung und Qualifizierung, Infrastruktur und Forschung wichtige Veränderungsprozesse wie die Energiewende, die Mobilitätswende oder die Digitalisierung vorantreiben und Innovationen zum Durchbruch verhelfen. Investitionen müssen in der gesamten Fläche des Landes wirken und für alle Menschen dazu beitragen, eine lebenswerte Heimat zu schaffen oder zu erhalten und in sozialer Sicherheit zu leben.

Regulierung: Die regulatorischen Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass wir die belohnen und fördern, die in saubere und moderne Arbeits- und Produktionsmittel investieren, die forschen und entwickeln, die ein Risiko eingehen, um gesellschaftlich sinnvolle Investitionen zu fördern, die gut bezahlte und abgesicherte Arbeitsplätze schaffen und soziale Standards wahren wollen. Nicht die, die aus reinem Selbstzweck Gewinne abschöpfen, sondern die, die produzieren und Werte schaffen, wollen wir fördern. Wir müssen Regelungen identifizieren und verändern, die Steuer-, Lohn- und Sozialdumping begünstigen und bessere Wettbewerbsbedingungen für diejenigen schaffen, die den Wettbewerb über Produkte und nicht über Preise führen. Hier sind gerade auch Bund, Länder und Kommunen als Auftraggeber gefordert, ihre Handlungsspielräume bei Vergaben für bessere Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftsstandards einzusetzen.

Schutz natürlicher Ressourcen: Es geht auch um die Frage, welches Wachstum wir wollen und wie wir es mit den UN-Nachhaltigkeitszielen vereinbaren können. Mit der Natur können wir nicht verhandeln. Gute Umwelt- und Lebensbedingungen sind zentrale Gerechtigkeitsmerkmale einer Gesellschaft. Es gilt, das Prinzip der Nachhaltigkeit fest zu verankern, z.B. durch sparsame Verwendung natürlicher Ressourcen und eine Effizienzrevolution. Deutschland muss bis 2050 weitestgehend treibhausneutral sein. Wir halten daran fest, dass die Belange von Arbeit und Umwelt in Einklang zu bringen sind. Hierzu kann insbesondere auch die von uns formulierte

sozial-ökologische Industriepolitik mit großen Chancen für nachhaltiges qualitatives Wachstum beitragen.

Finanzierung und Verteilung: Wir brauchen eine gerechtere Finanzierung der staatlichen Aufgaben und eine Korrektur der sozialen Ungleichheiten. Die aktuellen steuerpolitischen Instrumente leisten keinen hinreichenden Beitrag, um hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften angemessen zur Finanzierung staatlicher Aufgaben heranzuziehen. Eine andere Besteuerung ist auch ein Weg, um die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung zu bekämpfen.

Darüber hinaus brauchen wir neue Instrumente, um die Primärverteilung von Einkommen gerechter zu gestalten und für mehr Menschen höhere Löhne zu ermöglichen.

Wachstums- und Konjunkturpolitik: wir müssen die Wirtschafts- und Währungsunion vertiefen und gleichzeitig das Soziale Europa stärken. Darauf aufbauend entwickeln wir eine aufeinander abgestimmte nationale und europäische Wachstums- und Konjunkturpolitik, damit Europa seine vollen Wachstumspotenziale entfalten kann, denn davon profitiert auch die deutsche Wirtschaft.

Faire Handelspolitik: Als Antwort auf den chinesischen Staatskapitalismus auf der einen Seite und die zunehmend aggressive Handelspolitik der USA brauchen wir eine Handelspolitik, die Menschen- und Arbeitsrechte sowie ökologische Standards sicherstellt, die Interessen der deutschen und europäischen Wirtschaft wahrt und gleichzeitig Perspektiven für Entwicklungs- und Schwellenländer eröffnet.

Zweitens: Die Zukunft der Arbeit.

Als Partei der Arbeit bleiben Vollbeschäftigung und gute Arbeit unsere vorrangigen Ziele. Es ist unsere Aufgabe, die Digitalisierung der Arbeit zu gestalten. Im Zuge der Plattformökonomie verändert sich auch der Betrieb und die Grenzen zwischen Selbstständigen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weichen auf. Eine langfristige Perspektive, Sicherheit und Mitbestimmung am Arbeitsplatz bleibt wichtig – egal was, wo und wie man arbeitet.

Wir brauchen Arbeitszeitmodelle, die sich der Lebenssituation der Beschäftigten anpassen. Insbesondere Eltern kleiner Kinder, aber auch Beschäftigte, die ihre pflegebedürftigen Angehörigen unterstützen, müssen die Möglichkeit haben, ihre Arbeitszeiten an diese Belange anzupassen, ohne dass sie dramatische finanzielle Einbußen hinnehmen müssen. Wir werden in diesem Sinne eine zeitgemäße Arbeitsmarktpolitik entwickeln, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Chancen eröffnet und ihnen Sicherheit gibt. Wir wollen, dass der Staat und auch die Wirtschaft ihren Beitrag leisten für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf, denn nur so können Männer und Frauen ihre Chancen nutzen.

Unsere Arbeitspolitik soll die Potentiale der Digitalisierung für bessere Arbeit, Arbeitszeitverkürzung und mehr selbstbestimmtes Arbeiten nutzen. Wir brauchen gesetzliche Regeln, die das ermöglichen, aber auch Grenzen setzen, wo nötig. Gleichzeitig wollen wir den Einzelnen im Wandel qualifizieren und die kollektive Interessenvertretung durch Mitbestimmung stärken. Gerade soziale Berufe sind entscheidend für die Zukunft unserer Gesellschaft. Bislang sind diese Berufe zu schlecht bezahlt und ermöglichen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nur wenig Aufstieg. Das wollen wir ändern.

Die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell. Als universelle berufliche Ausbildung muss sie auch in Zukunft angemessen und umfassend auf das Berufsleben vorbereiten. Eine anspruchsvolle Ausbildung braucht eine gemessene Vergütung mit einer gesetzlich definierten Mindesthöhe. Berufliche und akademische Bildung müssen stärker miteinander verknüpft werden. Etwa durch duale Studiengänge, für die Bund und Länder gemeinsam Qualitätskriterien entwickeln müssen oder durch die Schaffung beruflicher Hochschulen.

Mehr als zehn Jahre nach den Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 und neun Änderungsgesetzen zum SGB II ist es an der Zeit zu überprüfen, wo wir stehen und ob die Ansätze noch zeitgemäß sind und unseren heutigen Gerechtigkeitsvorstellungen entsprechen.

Die Arbeitsmarktlage ist heute eine viel Bessere, aber es gibt neue Herausforderungen. Daher werden wir neue Ideen erarbeiten, um allen Menschen in unserer Gesellschaft neue Bildungs- und Aufstiegschancen insbesondere über Anpassungen der Fördergrundlagen und –praxis der Arbeitsagenturen zu ermöglichen und Lebensleistungen bei der sozialen Absicherung besser anzuerkennen. Hierbei spielt insbesondere die Frage, ob und in welchem Umfang das selbst erarbeitete Vermögen im Alg II Bezug künftig behalten werden kann, eine wichtige Rolle. Ebenso benötigen wir dauerhafte und langfristig angelegte Perspektiven für Langzeitarbeitslose. Wir brauchen Verbesserungen bei prekärer Beschäftigung und im Niedriglohnsektor durch gute Tarifverträge sowie ein Chancenkonto für Weiterbildung und Qualifizierung für alle. Über eine Erhöhung des Mindestlohns werden wir diskutieren. Diese Ideen setzen auch einen Kontrapunkt gegen die Ideen eines bedingungslosen Grundeinkommens, das in seiner Anlage dem sozialdemokratischen Werteverständnis widerspricht – auch hierüber werden wir die Debatte fortsetzen. Zum Thema des sozialen Arbeitsmarkts werden die sozialdemokratischen Kräfte der neuen Bundesregierung einen Anfang machen, indem sie die vereinbarte Förderung von Langzeitarbeitslosen durchsetzen.

Wenn sich Arbeit durch die Digitalisierung grundsätzlich verändert, brauchen wir zusätzliche Angebote, die sich besonders an Beschäftigte richten, deren Arbeitsplätze durch die Automatisierung gefährdet sind und die nicht unmittelbar durch Umschulung und Qualifizierung neue Jobs finden werden. Die Frage ist, wie das bestehende System der Absicherung von Arbeitslosigkeit durch eine

umfassende Arbeitsversicherung ergänzt und durch einen sozialen Arbeitsmarkt weiterentwickelt werden kann. Weniger Verwaltung von Arbeitslosigkeit und mehr Angebote von guter, sozialversicherungspflichtiger Arbeit, die zugleich für ein besseres gesellschaftliches Zusammenleben sorgt, müssen das Ziel sein. Kurzum: Wir werden für Sicherheit im Wandel sorgen.

Drittens: Ein bürgerfreundlicher Staat, der Sicherheit und soziale Teilhabe ermöglicht.

Wir wollen die Herausforderungen unserer Zeit nicht nur individuell, sondern solidarisch lösen. Diesem Ansatz liegt zu Grunde, dass es soziale Rechte aber auch Regeln für ein gelingendes Zusammenleben geben muss.

Nicht zuletzt angesichts der sich aus Globalisierung, Digitalisierung und Wissensgesellschaft ergebenden Veränderungen können wir uns einen „schlanken Staat“ nicht leisten. Notwendig ist ein handlungsfähiger Staat, der in verbesserte Teilhabe in Bildung, am Arbeitsmarkt, an Gesundheit oder in Infrastrukturangebote im ländlichen Raum investiert. Staatliche Investitionen in die Teilhabechancen der Menschen sind Voraussetzung für Innovationsfähigkeit und Wachstum – und in der Regel weitaus günstiger als die nachträgliche Reparatur von Folgen sozialer Ausgrenzung. Wir müssen öffentliche Institutionen stärken und Kitas, (Hoch-) Schulen, Jobcenter, Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen, Stadtteilzentren oder Beratungsstellen, öffentliche Verkehrsmittel oder öffentliche Plätze, Jugend- oder Kultureinrichtungen zu Orten hochwertiger Dienstleistungen und Güter machen, die für alle zugänglich sind.

Wir stehen daher zu einem handlungsfähigen Staat und verteidigen ihn gegen neoliberale Angriffe. Der Staat ist in der demokratischen Verantwortung, den Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu öffentlichen Leistungen sicherzustellen. Gerade in Zeiten des Strukturwandels brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. Wir brauchen den Staat, um für Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen, soziale Teilhabe zu ermöglichen und ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Ohne einen starken, handlungsfähigen und bürgerfreundlichen Staat entstehen keine guten, bezahlbaren und damit lebenswerten Nachbarschaften, Quartiere und Kieze in der Stadt und auf dem Land. Verbraucherinnen und Verbraucher können sich darauf verlassen, dass die Sozialdemokratie bei der Durchsetzung ihrer Rechte auf ihrer Seite steht. Ohne einen handlungsfähigen und bürgerfreundlichen Staat entstehen keine gleichwertigen Lebensverhältnisse in unserem Land. Ohne einen starken und bürgerfreundlichen Staat gelingt keine Integration. Die zunehmende Vielfalt in unserer Gesellschaft bedarf starker Institutionen damit das Verbindende im Mittelpunkt steht und das soziale Miteinander klappt. Ohne einen starken Staat gibt es keinen Schutz vor Kriminalität. Eine offene Gesellschaft braucht eine starke Demokratie und einen starken sozialen Rechtsstaat. Eine immer lauter werdende organisierte Rechte versucht, unsere offene Gesellschaft systematisch zu destabilisieren und die Zugehörigkeit von Bürgerinnen und Bürger zu unserem Land

in Frage zu stellen. Deshalb stärken wir die demokratischen Strukturen auf allen Ebenen. Auch werden wir uns für mehr und bessere Demokratiebildung in Schulen und Betrieben einsetzen.

Wenn es etwas gibt, dass die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in einer auseinanderdriftenden Gesellschaft verbindet, ist es nicht das Private, sondern das Öffentliche. Wir wollen die Idee des Öffentlichen wieder stärken. Wir wollen wieder stolz auf unsere öffentlichen Dienstleistungen sein und auch die Rolle der Kommunen dabei stärker hervorheben. Grundlage eines starken und bürgerfreundlichen Staates sind handlungsfähige Kommunen, die im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung dazu in die Lage versetzt werden, bürgernahe, gemeinschaftliche Lösungen vor Ort umzusetzen. Privatisierungen im öffentlichen Sektor werden wir hinterfragen.

Dabei ist der handlungsfähige Staat für uns Teil einer gemischten Wirtschaftsordnung, zu der private und öffentliche Unternehmen ebenso gehören wie der dritte Sektor, Genossenschaften und die Zivilgesellschaft. Gerade mit Blick auf die Möglichkeiten der Digitalisierung werden wir hier über neue Modelle und Angebote nachdenken.

Eine gute und solidarisch getragene Absicherung gegen die großen Lebensrisiken bleibt elementarer Bestandteil sozialdemokratischer Politik. Eine verlässliche und an der Lebensleistung orientierte Rente, Unterstützung und Förderung bei Arbeitslosigkeit, eine an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientierte Gesundheitsversorgung sowie ein Pflegesystem, das Altern in Würde für alle Menschen ermöglicht, bleiben unsere politischen Ziele.

Ausgangspunkt für unser Sozialstaatsverständnis sind die menschliche Würde und die Arbeitsgesellschaft: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Stützen des Sozialstaats. Die Teilhabe an Arbeit ist ein wichtiges Ziel. Dabei wollen wir klären, wie der Sozialstaat einfacher, unbürokratischer, gerechter und auch in Zukunft vernünftig finanziert werden kann. Ansätze wie jene für ein „solidarisches Grundeinkommen“ werden wir dabei ebenso diskutieren wie jene um eine eigenständige Kindergrundsicherung und wie wir die Sicherung des Existenzminimums in Zukunft gestalten wollen.

Wir werden die solidarischen, gesetzlichen Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherungssysteme stärken und beispielsweise Selbständigen eine finanziell tragbare und solidarische Absicherung ihrer Lebensrisiken ermöglichen. Und damit mehr Qualität in der Pflege nicht allein die Pflegebedürftigen bezahlen, müssen wir die Pflegeversicherung erweitern.

Aber nicht in allen Handlungsfeldern des Sozialstaats geht es um mehr Geld. Es geht auch um die Frage, ob der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern bevormundend oder unterstützend gegenübertritt. Ob die Leistungen des Staates einfach,

verständlich und transparent sind. Durch einfache, verständliche und transparente Leistungen des Staates wollen wir einen Beitrag dazu leisten, dass Menschen in Notlagen diese ohne abschreckende Hürden tatsächlich und selbstverständlich in Anspruch nehmen können. Aus Angst, Scham oder Überforderung nicht in Anspruch genommene Rechte verletzen unser Gerechtigkeitsempfinden.

Viertens: Deutschlands Rolle in einer sich rasant verändernden Welt.

Die sich rasant verändernde weltpolitische Lage mit zahlreichen Krisenherden, der Rückkehr des Protektionismus sowie brüchigeren europäischen und internationalen Bündnissen verlangt eine Neudefinition von Deutschlands Rolle in Europa und in der Welt.

Wir stehen zur gewachsenen Verantwortung unseres Landes für Frieden, Stabilität, fairen Handel, Nachhaltigkeit und eine gerechtere Globalisierung und setzen uns in und mit Europa für die konsequente Verwirklichung der UN-Nachhaltigkeitsziele ein. Die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele bietet für unsere Partei die Möglichkeit, sich an die Spitze des weltweit anstehenden Strukturwandels zu stellen; diese Chance wollen wir nutzen. Nur wenn wir unser Land in der weltpolitischen Entwicklung institutionell, politisch und wertebezogen klar verorten, können wir die Interessen der Bürgerinnen und Bürger auch international vertreten und damit neuen Unsicherheiten entgegentreten. Um Fluchtursachen zu bekämpfen und Lebensperspektiven zu ermöglichen, muss sich Deutschland weltweit für Klimaschutz einsetzen, den Waffenhandel beschränken und eine faire Handels- und Landwirtschaftspolitik voranzutreiben, die Kinderrechte, Nachhaltigkeit und Arbeitsschutz fest im Blick hat. Wir stehen für einen humanen Flüchtlingsschutz und eine Politik, die Zuwanderung vernünftig steuert. Auch ein leidenschaftliches Eintreten für eine gemeinsame Europa- und Abrüstungspolitik sind dem Frieden weltweit dienlich. Dabei wollen wir auch aus den Erfahrungen anderer progressiver Parteien lernen.

Um das oben beschriebene Wachstumsmodell zu ermöglichen und abzusichern, brauchen wir einen Kurswechsel in Europa hin zu mehr inklusivem Wachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einer verbesserten sozialen Infrastruktur und sozialer Absicherung. Deutschland muss dazu bereit sein, seine Verantwortung in Europa wahrzunehmen und Beiträge zur Stabilisierung und Dynamisierung Europas zu leisten, weil eine Stärkung Europas im langfristigen Interesse Deutschlands ist. Wir werden dazu für die Europawahl ein europapolitisches Programm vorlegen. Wir engagieren uns gegen das nukleare Wettrüsten und lehnen eine Neuentwicklung von Atomwaffen und ihre Stationierung in Deutschland entschieden ab.

Alle vier genannten Schwerpunktthemen betreffen gleichermaßen Europa, Bund, Land und Kommunen. Ziel ist es, dass die SPD in abgestimmter und kohärenter Form an diesen Themen arbeitet.

In allen vier Schwerpunktthemen werden wir zudem die Auswirkungen der großen Megatrends unserer Zeit mit einbeziehen. Dies sind vor allem die Digitalisierung, die Globalisierung, die Migration und der demografische Wandel.

Wir werden zu diesen vier Schwerpunktthemen zum kommenden Parteitag im Herbst 2019 einen „Orientierungsrahmen“ vorlegen, auf dem weitere Debatten aufbauen können.

III. Organisatorische Erneuerung

Wir werden den beschriebenen Programmprozess nutzen, um gleichzeitig die organisatorische Erneuerung unserer Partei voran zu treiben.

Wir sind überzeugt: Die SPD wird stark, wenn sie zurückfindet zur programmatischen und sprachlichen Klarheit. Die SPD wird stark, wenn sie ihre neue Debattenkultur, wie auf den Dialogveranstaltungen erfahren, fortsetzt, Beteiligungsmöglichkeiten für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ausbaut und mehr Mitglieder einbindet. Und die SPD wird stark, wenn sie die Vielfalt der Gesellschaft und ihrer Mitgliedschaft stärker für sich nutzt.

Wir wollen auf allen Ebenen eine moderne und starke Organisation werden, die bereit ist, ihre Strukturen immer wieder zu hinterfragen und auf der Höhe der Zeit zu halten. Wir wollen ein spannender Ort der politischen Debatte sein.

Neue Debattenkultur

Wir wollen den Stil unserer Debatte verändern und eine neue, offene Debattenkultur in unserer Partei prägen. Wir werden neue Formate des politischen Diskurses und der innerparteilichen Willensbildung wählen.

Auf Debattencamps werden wir neue Ideen für die Zukunft unseres Landes mit unseren Mitgliedern und der Zivilgesellschaft diskutieren – in Workshops, Debattenstationen und bei Impulsvorträgen. Im Vorfeld rufen wir öffentlich dazu auf, Beiträge einzusenden. Jede und jeder kann sich hier beteiligen und Ideen einbringen. Die Ideen unserer über 50.000 Neumitglieder, die sich seit 2017 unserer Partei angeschlossen haben, werden besonderen Raum bekommen.

Wir werden neue digitale Beteiligungsmöglichkeiten schaffen, um allen SPD-Mitgliedern die Mitarbeit an unserer Partei zu ermöglichen – unabhängig von Zeit und Ort. Schon die programmatische Erneuerung werden wir – sobald dies technisch umsetzbar ist - durch Online-Themenforen begleiten und damit gleichzeitig eine dauerhafte Einrichtung dieser Plattform erproben. Den erfolgreichen Hackathon des Jahres 2017 wollen wir wiederholen und verstetigen, um digitales Knowhow langfristig an unsere Partei zu binden.

Die programmatische Erneuerung soll auch dazu dienen, gewachsene Netzwerke in der Gesellschaft zu stärken, verloren gegangene zu revitalisieren und neue zu schmieden. Keine Volkspartei kommt ohne ein politisches Umfeld aus, das ihr nahesteht, sie aber auch herausfordert. Deshalb müssen wir durch eine neue Kultur der ernsthaften und verantwortungsvollen Zusammenarbeit in der Partei den inneren Zusammenhalt stärken und die Partei gleichzeitig nach außen öffnen.

Wir wollen neuen Anschluss an die Vordenkerinnen und Vordenker aus der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Kultur herstellen. Die programmatische Erneuerung werden wir deshalb mit einer Impulsreihe mit Vordenkerinnen und Vordenkern aus unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft ergänzen, die den parteiinternen Diskurs kritisch und konstruktiv begleiten wird.

Über den Programmprozess hinaus haben wir Anfang April eine erste digitale Mitgliederbefragung auf den Weg gebracht und werden diese in regelmäßigen Abständen wiederholen. Wir brauchen den Input unserer Mitglieder, um unsere Arbeit zu verbessern.

Wir werden zudem über die Einführung einer Fokusgruppe Ortsverein entscheiden, die regelmäßig zur Umsetzung von inhaltlichen und organisatorischen Erneuerungen befragt werden soll.

Parteistrukturen stärken

Wir werden die Parteiarbeit auf allen Ebenen professionalisieren. Dazu entwickeln wir eine App als digitale Anlaufstelle für alle Mitglieder, die die Parteiarbeit deutlich vereinfachen und verbessern soll.

Wir werden schwache Strukturen in der Fläche stärken und langfristig besonders in diesen Bereichen neue Präsenz aufzubauen. Die Grundlage dafür ist eine umfassende datenbasierte Wahlkreisanalyse. Zur Stärkung gehört eine Bestandsaufnahme der Strukturen und bessere Qualifizierung unser Haupt- und Ehrenamtlichen.

Um den besonderen Herausforderungen im Osten zu begegnen, erarbeiten der Generalsekretär und der Ostbeauftragte unter Einbeziehung der ostdeutschen Landesverbände ein „Zukunftsprogramm Ost“ zur inhaltlichen, organisatorischen und strukturellen Neuaufstellung der SPD-Ostdeutschland. Dabei wird es auch darum gehen, die Arbeits- und Kampagnenfähigkeit der SPD im Osten weiter zu verbessern und dabei den Fokus auf die inhaltliche Arbeit sowie auf die Öffentlichkeitsarbeit zu legen. Darüber hinaus muss im Kontext der Evaluation der Parteischule ein besonderes Augenmerk auf Angebote für diese Landesverbände gelegt werden, insbesondere zur Organisations- und Personalentwicklung und zu modernen Öffentlichkeits- und Kommunikationsstrategien.

Unsere Kampagnenfähigkeit v.a. im Süden und im Osten werden wir durch Modellprojekte stärken.

In den anstehenden Landtagswahlkämpfen werden die Landesverbände mit einem Arbeitsstab aus dem Willy-Brandt-Haus unterstützt. Gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik werden wir anstehende Kommunalwahlen zielgenauer unterstützen.

Vielfalt sichtbar machen

Wir wollen die Vielfalt unserer Gesellschaft in unserer Partei besser abbilden. Wir wollen insbesondere Frauen, jungen Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund sowie Menschen mit Behinderung eine bessere Teilhabe und die Übernahme von Verantwortung in unserer Partei ermöglichen, um so dem Anspruch der SPD als Integrations- und Inklusionspartei gerecht zu werden. Dies wird zu einem der vorrangigen Ziele der Parteiorganisation, wir werden uns dazu ambitionierte Ziele stecken und deren Erreichen regelmäßig überprüfen. Dabei wird die SPD auch der Veränderung der gesellschaftlichen und innerparteilichen Strukturen Rechnung tragen und dem Erfahrungsschatz der älteren Generation die notwendige Geltung verschaffen. Um die Teilhabe von Frauen zu unterstützen und mehr Frauen als Mitglieder zu gewinnen, wird eine Stabsstelle für Gleichstellung beim Generalsekretär eingerichtet. In einem ersten Schritt wurde bereits Anfang des Jahres die Doppelspitze im Ortsverein ermöglicht.

Wir werden eine gründliche, wissenschaftlich begleitete Analyse unserer Strukturen, Arbeitsweisen und innerparteilichen Kultur vornehmen, um zu prüfen, welche Hürden etwa die Einbindung von Frauen in verantwortlichen Positionen unserer Partei erschweren. Auch die regelmäßigen Mitgliederumfragen werden wir dazu gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften nutzen. Aus dieser Analyse leiten wir konkrete Handlungsempfehlungen für alle Ebenen unserer Partei ab.

Erneuerung im Alltag

Wir wollen uns zu einer lernenden Organisation entwickeln, die ihre Strukturen und Schwerpunkte immer wieder hinterfragt. Unsere Partei hat sich in über 150 Jahren immer wieder verändert und neu erfunden. Das gehört zur DNA unserer Partei und das wollen wir in der täglichen Arbeit leben.

Wir wollen als Partei auch außerhalb von Wahlkämpfen überall im Land sichtbar, präsent und ansprechbar sein. Deshalb werden wir einen zentralen „Tag der Tür zu Tür-Aktion“ einführen, an dem die gesamte Partei im Land unterwegs ist, um Ideen aufzunehmen und den direkten Dialog zu suchen.

Wir wollen die Kampagnenfähigkeit der SPD verbessern, um auch außerhalb von Wahlkämpfen gesellschaftliche Debatten zu führen und Impulse zu geben. Dazu sind eine Reihe von strukturellen Veränderungen nötig, die in den kommenden Jahren

federführend vom Generalsekretär vorangebracht werden. Grundlage dafür ist eine externe Evaluation des letzten Bundestagswahlkampfes, die bis zum Sommer 2018 abgeschlossen sein wird. Die Erkenntnisse dieser Evaluation fließen bereits in die Europawahlkampagne 2019 ein. Auf einer Best-Practice-Konferenz werden wir zudem erfolgreiche sozialdemokratische Wahlkämpfer aus dem gesamten Bundesgebiet zusammenbringen, um von ihren Erfahrungen zu lernen.

Klar ist aber auch: Erneuerung entsteht ganz wesentlich vor Ort. Nicht alles kann und soll aus Berlin vorgegeben werden. Wir ermutigen alle Gliederungen, neue Wege der Parteiarbeit zu beschreiten. Das Willy-Brandt-Haus wird in den kommenden Monaten und Jahren den Wissenstransfer organisieren und gute Ideen aus der Fläche im Sinne eines Best Practice-Gedankens in die gesamte Partei tragen.

Ein klares sozialdemokratisches Programm für die Zukunft. Starke Strukturen überall im Land. Eine neue Beteiligungskultur und deutlich mehr Vielfalt in unserer Partei. Das sind die wichtigsten Aufgaben unserer Erneuerung. Wenn uns dies gemeinsam gelingt, haben wir die Chance, uns neues Vertrauen zu erarbeiten.

Wir müssen die Zukunftsdebatten der SPD mit Leidenschaft führen und zeigen, dass wir es ernst meinen mit dem Kümern, ernst meinen mit der Gerechtigkeit – dass wir ehrlich und standhaft an unseren eigenen Idealen arbeiten. Nur mit diesem Vertrauen werden wir es schaffen, den progressiven politischen Gestaltungsauftrag wiederzuerlangen.